

Sohmen, Egon

Article — Digitized Version

Integration und Währungssystem

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Sohmen, Egon (1967) : Integration und Währungssystem, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 1, pp. 24-26

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/133669>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

nach der Sowjetunion. Die massiven Bestellungen der Sowjetunion in Italien und Frankreich während der letzten Monate werden aber auch hier die Tendenz bestätigen.

Als ganz erfolglos kann im übrigen auch die Genfer UN-Tagung nicht bezeichnet werden. Grundsätzliche Einigung erzielte der Ausschuß bezüglich einer Standardisierung der Handelsdokumente und der allgemeinen Verkaufsbedingungen. Eine weitere Vereinbarung kam über die Prozedur bei Streitfällen zustande: Zuerst sollen sich die interessierten Handelsfirmen selbst um eine Schlichtung bemühen, als nächste Instanz wurde ein spezielles Komitee der UN-Wirtschaftskommission akzeptiert. Ein konstruktiver Meinungsaustausch wurde geführt über die Rückwirkungen von regionalen Wirtschaftsgemeinschaften auf den gesamteuropäischen Handel, die Zahlungsprobleme im Warenaustausch zwischen Staaten mit unterschiedlichen Wirt-

schaftssystemen, die Stabilisierung des Ost-West-Handels auf der Grundlage erhöhter Flexibilität sowie über eine lange Reihe von im einzelnen wenig aufregenden praktischen Fragen, die aber in ihrer Anhäufung den Handel beträchtlich hindern.

Zweifellos belasten die ungelösten europäischen Probleme noch immer die Handelsbeziehungen zwischen den Ländern unseres alten Kontinents. Man denke nur an die „Berlin-Klausel“, die schon manches geplante Abkommen zunichte gemacht hat. Kurzfristige Verträge zwischen Privatfirmen auf der einen Seite und Staatshandelsorganisationen auf der anderen können die im Interesse des Friedens liegende Interdependenz zwischen Ost und West nicht dauerhaft gewährleisten. Der neue Geist, der sich in allen Hauptstädten durchsetzt, wird aber letzten Endes den Aufbau einer freundschaftlichen Ordnung zustande bringen. Die Zeichen sind ermutigend.

Integration und Währungssystem

Prof. Dr. Egon Sohmen, Saarbrücken

Der WIRTSCHAFTSDIENST veröffentlichte im vergangenen Jahr zwei Beiträge zur Frage der Wechselkursflexibilität. Professor Sohmen sprach sich im Heft 6/1966 für eine Erweiterung der Bandbreiten aus. In Heft 11/1966 setzte sich Frédéric Boyer de la Giroday, Brüssel, mit den Thesen Professor Sohmens aus der Sicht der EWG auseinander. Wir schließen mit der vorliegenden Zuschrift Professor Sohmens die obige Diskussion ab.

In der November-Ausgabe 1966 des WIRTSCHAFTSDIENST äußert sich Frédéric Boyer de la Giroday kritisch zu den Thesen, die ich in meinem Interview in der Juni-Ausgabe 1966 vertreten hatte. Gegenstand dieses Interviews war der Vorschlag von 27 Nationalökonomen aus verschiedenen Ländern vom Februar 1966, das heutige Währungssystem in der Weise zu reformieren, daß 1. die zulässige Bandbreite für Wechselkursschwankungen auf vier bis fünf Prozent beiderseits der Parität erweitert und 2. die Möglichkeit zu autonomen Änderungen der Währungsparitäten um ein bis zwei Prozent pro Jahr eingeräumt wird.

Auch in diesem System bliebe es selbstverständlich einzelnen Gruppen von Ländern unbenommen, die Austauschrelationen zwischen ihren Währungen im gegenseitigen Einvernehmen zu fixieren. Eine solche Fixierung ist dann relativ unproblematisch, wenn die Regierungen und Zentralbanken der beteiligten Länder fest und unwiderruflich entschlossen sind, die einmal gewählten Währungsparitäten unter Garantie der vollen und uneingeschränkten Konvertibilität der Währungen für alle Zukunft beizubehalten. Falls diese feste Absicht besteht, ist jedoch auch ein System fixierter Wechselkurse zwischen getrennten nationalen Währungen nur ein unvollkommener Ersatz für eine Einheitswährung mit zentraler Lenkung der Geld- und Währungspolitik.

Es mag sein, daß die Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft später einmal zu einer so vollkommenen Übereinstimmung ihrer Wirtschaftspolitik gelangen, daß sich die dauernde Fixierung der Wechselkurse zwischen ihren Währungen als realisierbar erweist. In diesem Falle hätte ich ebensowenig wie alle anderen Unterzeichner der Erklärung vom Februar 1966 etwas gegen eine permanente Fixierung der Paritäten zwischen den einzelnen Währungen innerhalb der EWG (bzw. die Schaffung einer Einheitswährung, was unbedingt vorzuziehen wäre) einzuwenden.

Im Augenblick sind wir leider von diesem Wunschbild noch weit entfernt. Dieser Ansicht ist offenbar auch Boyer de la Giroday, denn er erklärt Paritätsänderungen auch zwischen Mitgliedsländern der EWG als durchaus möglich und zulässig (S. 615). Noch viel deutlicher hat sich erst kürzlich eines der prominentesten Mitglieder des EWG-Währungsausschusses, Dr. Otmar Emminger von der Deutschen Bundesbank, geäußert: „Bisher hat noch keine Regierung der Welt auf dieses Recht (der Paritätsänderung; Anm. des Verfassers) verzichtet, nicht einmal die EWG-Länder im Verhältnis zueinander.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Dezember 1966)

Es ist eine der bemerkenswerten Paradoxien in den offiziellen Ansichten über Währungsfragen, daß man

trotz der entschiedenen Ablehnung kontinuierlicher Wechselkursanpassung von Tag zu Tag im Rahmen einer größeren Bandbreite mit ebenso großer Selbstverständlichkeit die Notwendigkeit diskontinuierlicher Paritätsänderungen für Fälle eines sogenannten „fundamentalen Ungleichgewichts“ bejaht (S. 612). Volle Währungskonvertibilität ist ein viel zu delikates Gebilde, als daß sie jemals ein länger andauerndes Ungleichgewicht (das wohl bestehen muß, bevor man es als „fundamental“ diagnostizieren kann) überleben könnte. Die bisherigen Erfahrungen mit dem System von Bretton Woods sollten auch die letzten Zweifel an dieser Tatsache beseitigt haben.

In letzter Zeit scheint sich auch eine Revision der offiziellen Ansichten über die Integrationsfähigkeit eines Systems fixierter Wechselkurse anzubahnen. Bis vor kurzem galt es noch als selbstverständlich, daß die Fixierung der Wechselkurse den internationalen Kapitalverkehr ebenso wie den Warenhandel begünstigen müsse. Jetzt beginnt man darüber nachzusinnen, daß das Wort „Integration“ vieldeutig ist, daß das augenblickliche Weltwirtschaftssystem im Grunde nur „eine Integration innerhalb bestimmter Grenzen“, nämlich nur eine Liberalisierung der laufenden Transaktionen anstrebe (S. 614). Man beginnt zu bezweifeln, daß im Rahmen des heutigen Währungssystems Integration über die laufenden Transaktionen hinaus, also volle Freizügigkeit auch für die internationalen Kapitalbewegungen, in absehbarer Zeit erreicht werden kann (S. 615). Diese Erkenntnis ist ein großer Fortschritt, so bedauerlich auch der Tatbestand ist, der sie veranlaßt.

Es ist eine verhängnisvolle Illusion zu glauben, im Bereich der laufenden Transaktionen lägen die Dinge anders. Die in meinem Interview genannten Beispiele (insbesondere S. 303-304) ließen sich beliebig zu einem vielbändigen Werk über Devisenbewirtschaftung und handelspolitischen Protektionismus in neuerer Zeit ausdehnen, deren fruchtbarster Nährboden die im Gefolge der Wechselkursfixierung auftretenden Zahlungsbilanzungleichgewichte waren. Wenn Boyer de la Giroday feststellt, „daß es sich in den Fällen, bei denen in der Nachkriegszeit ein konkreter ... Konflikt zwischen dem Zahlungsbilanzgleichgewicht und dem Erfordernis der Vollbeschäftigung in Erscheinung getreten ist, um Ausnahmen gehandelt hat“ (S. 613-614), so scheint er zu vergessen, daß man die Erhaltung eines befriedigenden Beschäftigungsgrades

(oder im umgekehrten Konfliktfall die Vermeidung allzu starker Preissteigerungen) nur durch massive Eingriffe in die Freiheit des Güter- und Zahlungsverkehrs erkaufen konnte. Es ist auch wenig tröstlich zu wissen, daß zu den „Ausnahmen“ auch eine jahrelange Stagnation des wichtigsten Industrielandes gehörte.

Angesichts der Fülle der Beispiele für die desintegrierende Wirkung des gegenwärtigen Währungssystems und des völligen Fehlens von Indizien, daß flexible Wechselkurse den internationalen Handels- und Zahlungsverkehr behindern, ist es unbegreiflich, wie und warum sich die gegenteilige Überzeugung so hartnäckig festsetzen konnte. Man sucht in dem Aufsatz von Boyer de la Giroday ebenso wie anderswo vergeblich nach Beweisen oder Beispielen für die „institutionalisierte Zerklüftung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen“ (S. 611), die flexible Wechselkurse angeblich zur Folge haben würden. Dagegen stimme ich vorbehaltlos zu, wenn er sagt, daß „stabile Wechselkurse zwischen den betreffenden Währungen ... eine unerläßliche Voraussetzung“ für „die Kontinuität und de(n) ständige(n) Ausbau der Beziehungen zwischen den einzelnen Volkswirtschaften“ und für „eine zunehmende Annäherung der Preise ... durch das freie Spiel der Marktkräfte“ sind (S. 615). Wie ich in meinem Interview mit allem Nachdruck feststellte, ist das heutige System eben nicht ein System stabiler Kurse, noch sind flexible Kurse notwendigerweise instabil.

Nur ein bedauerliches Mißverständnis konnte Boyer de la Giroday dazu verleiten, mir die Ansicht zu unterstellen, „wonach die Tatsache, daß es die zuständigen Stellen in den meisten Ländern ablehnen, die von (mir) vertretenen Thesen in die Praxis umzusetzen, auf Unkenntnis der Fortschritte der Wirtschaftswissenschaft zurückzuführen sei“ (S. 609; dabei wird merkwürdigerweise eine Feststellung des Interviewers als „Worte von Professor Sohmen“ zitiert). An der fraglichen Stelle des Interviews stand nicht zur Diskussion, ob bestimmte „Thesen in die Praxis umzusetzen“ seien, sondern allein die Frage, ob sich auf Grund theoretischer Überlegungen oder aus Beobachtungen der realen Welt die These erhärten läßt, „daß eine Fixierung der Wechselkurse zu einer Erleichterung des Handels und des Kapitalverkehrs beiträgt“ (S. 302). Es gibt viele, die sich durchaus der Tatsache bewußt sind, daß einem System fixierter Wechselkurse ein



immanenter Hang zur Einschränkung der Währungs-konvertibilität (und damit zur weltwirtschaftlichen Desintegration) innewohnt, die aber dennoch für dieses System plädieren, etwa weil sie im freien Welt-handel und Kapitalverkehr keine vorrangigen wirt-schaftspolitischen Ziele erblicken. Nicht auf unter-schiedlichen Werturteilen über die letzten Ziele der Wirtschaftspolitik, sondern auf einem eindeutigen Fehlurteil beruht dagegen die Ansicht, daß flexiblere Wechselkurse ein „Wiedererstarken des nationalen wirtschaftlichen Dirigismus“ begünstigen würden (S. 614).

Im Zusammenhang mit Problemen der EWG-Agrar-politik hat meinem Kritiker offenbar ein Satz beson-ders mißfallen, der von ihm gleich zweimal zitiert wird: „Wenn man einen gemeinsamen Agrarmarkt schaffen will, so bedeutet dies zunächst nur, daß die Handelsschranken zwischen den einzelnen Ländern be-seitigt werden.“ Damit sollte nicht mehr gesagt wer-den, als daß Freihandel zur weitestgehenden Anglei-chung der Preise führt (ein Ziel, das man wohl als die Quintessenz eines gemeinsamen Marktes betrachten darf). Boyer de la Giroday erkennt darin jedoch „ein-deutig ein Mißverständnis, welches den Überlegungen von Professor Sohmen zugrunde liegt“ (S. 616). Man strebe „in der EWG ... nämlich nicht nur die Schaf-fung eines einheitlichen Marktes“ an, sondern auch noch zwei weitere Ziele: 1. „die Einkommen der land-wirtschaftlichen Bevölkerung zu sichern“ und 2. „die landwirtschaftlichen Märkte (gemeint sind wohl die Preise) ... mit Hilfe von staatlichen Eingriffen zu stabilisieren“ (S. 616).

Diese Bemerkungen verraten eine äußerst selektive Lektüre meines Interviews. Ich sprach nicht nur da-von, daß die Fixierung von Agrarpreisen in einer europäischen Rechnungseinheit vorgesehen ist, son-dern erwähnte auch, daß man mit Maßnahmen dieser Art vor allem die Interessen der Landwirtschaft schützen will (S. 305). Ich wies jedoch außerdem dar-auf hin, daß gerade die Fixierung der Agrarpreise (bei freier Preisbildung für Industriegüter) aller Wahr-scheinlichkeit nach langfristig sogar die Lage der Landwirtschaft verschlechtern dürfte, falls man bei ständiger Inflation in der übrigen Welt außerdem die Wechselkurse fixiert (S. 305).

Warum sollen aber nun flexible Wechselkurse inner-halb der EWG mit einer gemeinsamen Agrarpolitik unvereinbar sein? Boyer de la Giroday legt ausführ-lich dar, daß bei einer Erweiterung der Bandbreiten für die Wechselkursbewegung Preis- und Handels-verzerrungen auftreten würden, falls die Agrarpreise in einer gemeinsamen Rechnungseinheit unter Zu-grundelegung der Währungsparitäten festgelegt würden (S. 617). Es hätte keiner so großen Mühe be-durft, um den Leser von dieser Tatsache zu überzeu-gen. Kaum jemand dürfte auf den Gedanken verfallen, im Falle einer Erweiterung der Bandbreiten die Agrarpreise in den nationalen Währungen (falls un-

bedingt Preise festgelegt werden sollen) anders als auf der Grundlage der jeweils geltenden Wechs-el-kurse zu fixieren. Kein Leser meines Interviews konnte über meine Auffassung im Zweifel sein, denn ich sagte ausdrücklich: „Innerhalb der einzelnen Län-der ändern sich dann natürlich die Agrarpreise in diesen einzelnen Währungen, wenn sich die Wechsel-kurse ändern“ (S. 305).

Wer in der völligen Zementierung der Agrarpreise in jeder einzelnen nationalen Währung die einzig mög-liche Lösung für eine gemeinsame Agrarpolitik erblickt, wird an dieser Tatsache Anstoß nehmen. Wer dagegen, wie der Verfasser, die Zementierung einzel-ner Preise in einem marktwirtschaftlichen System für groben Unfug hält (der überdies in diesem Fall, wie in meinem Interview erläutert, langfristig sogar die Interessen der Landwirtschaft schädigt), wird die ge-schilderte Konsequenz eher begrüßen. Aber auch wenn man die Stabilisierung der Preise für die wich-tigsten landwirtschaftlichen Güter befürwortet, sollte man wenig gegen die minimalen Preisbewegungen einzuwenden haben, die bei der vorgeschlagenen Er-weiterung der Bandbreite eintreten würden. Sie wären in jedem Falle nur ein Bruchteil der Preisschwankun-gen auch und gerade im Bereich landwirtschaftlicher Güter in den Fällen, in denen es keine behördliche Preisregelung gibt. Es ist dabei zu beachten, daß die Änderungen der Austauschrelationen zwischen Agrar- und Industriegütern in den einzelnen Ländern sehr viel geringer wären als das Ausmaß der Wechselkurs-bewegungen, da letztere auch entscheidend von Ver-änderungen des allgemeinen Preisniveaus in einem Land mitbestimmt werden.

Die von Boyer de la Giroday ausführlich beschriebene Tatsache, daß die maximale Schwankungsbreite der Wechselkurse zwischen je zwei Währungen genau das Doppelte der in einer dritten Rechnungseinheit fest-gelegten Bandbreite beträgt (S. 611), ist allen Sach-kennern wohlbekannt. Die in diesem Zusammenhang gestellte Frage, wie die Bandbreiten nach dem vor-geschlagenen System bestimmt werden sollen, ist bereits in dem Vorschlag der 27 Nationalökonomien vom Februar 1966 beantwortet, in dem es heißt, daß „die einzelnen Länder den Goldwert ihrer Währungen“ in-nerhalb einer Bandbreite von 8 bis 10% halten wür-den. Der Vorschlag gilt somit auch für den Dollar. Warum dies „die höchst nützliche Funktion des Dol-lars als internationales Zahlungsmittel und als inter-nationale Rechnungseinheit für private Transaktionen weltweiter Art ernstlich in Frage stellen würde“ (S. 611), bleibt ungeklärt. Im übrigen liegt kein Grund vor, warum die Ausübung dieser Funktion durch an-dere Währungen als den Dollar weniger nützlich sein sollte, falls die heutige Sonderstellung des Dollars im Laufe der Zeit einer größeren Symmetrie im inter-nationalen Währungssystem weichen sollte. Diese Entwicklung könnte durchaus auch dann eintreten, wenn das gegenwärtige Weltwährungssystem unver-ändert weiterbesteht.